



IM INTERVIEW

«Ich habe eine leise und eine laute Wut.»

Der Wetziker FDP-Nationalrat **Ruedi Noser** spricht über wirtschaftsfeindliche Tendenzen in der Schweiz, über den Bankendeal und über Manager. (gl) **Seite 2**

«Holzhammerkur ist unnötig»

WETZIKON/BERN. Der FDP-Wirtschaftspolitiker Ruedi Noser hat in der Sommersession der eidgenössischen Räte gegen den Bankendeal der Schweiz mit den USA gekämpft. Sorgen machen ihm Vorstösse, die die Wirtschaft enger regulieren wollen.

ANNA E. GÜHL

Sie haben sich über die 1-Mai-Rede von Nationalrätin Jacqueline Badran geärgert. Warum?

Ruedi Noser: Weil sie Klischees bemüht hat, die wenig mit der Realität eines Familienvaters, wie ich es bin, zu tun haben. Ich fühle mich nicht als Wirtschaftsvertreter, solange ein Gegensatz Wirtschaft-Gesellschaft konstruiert wird. Unsere Gesellschaft definiert sich stark über den Beruf. Also ist die Wirtschaft, anders als zum Beispiel in Frankreich, ein wichtiger Teil der Schweizer Kultur. Hinter Nationalrätin Badrans Kritik steht nicht mehr die Sorge um unser Land, sondern die Frage, wie man zu den Gewinnern und nicht zu den Verlierern gehört. Ich trete übrigens nicht gegen Badran an, sondern mit ihr für unsere Gesellschaft ein, die keine Gewinner und Verlierer schaffen soll.

Wir führen dieses Interview zwischen der ständerätlichen und der nationalrätlichen Debatte über den Steuerdeal mit den USA, der inzwischen gescheitert ist. Wer ist schuld an den Problemen des Schweizer Finanzplatzes?

Die Banken. Ich staune, wie viele hoch bezahlte Leute die Verantwortung jetzt anderswo suchen. Viele Bankenvertreter sagen, sie hätten einfach Pech gehabt. Das scheint mir etwas viel Pech. Diejenigen Institute, gegen die in den USA eine Strafuntersuchung läuft, müssen sich selber verteidigen. Das ist ihre Sache. Der Bundesrat soll einzig die nötigen Schritte einleiten, damit die Banken im Rahmen des geltenden Schweizer Rechts ihr Verhältnis zu den USA bereinigen können.

Warum waren Sie und die FDP gegen den Deal, obwohl ihn die Banken haben wollen?

Die Banken haben die Pistole am Kopf, sie sind erpressbar und deswegen die falschen Ratgeber. Wir müssen auf andere Vertreter des Finanzplatzes hören. Die Schweiz hat Recht geschaffen, damit man in einer Krise weiss, worauf man sich verlassen kann. Genau in einer Krise will der Bundesrat jetzt dieses Recht aber aufheben. Genauer: Für die Kunden soll das Recht in Kraft bleiben, nicht aber für die Mitarbeiter. Das ist falsch!

Der Bundesrat soll im Einzelfall machen, was zu tun ist. Die 14 bereits ins Visier der US-Justiz geratenen Banken brauchen das Gesetz nicht, sondern nur noch die Erlaubnis, die Abgangslisten herauszugeben. Einzig die Banken der sogenannten Gruppe 2 bräuchten das Gesetz wegen allfälliger Verstösse. Aber wegen 20 bis 40 Instituten muss man nicht das Recht für alle anderen Banken ausser Kraft setzen. Der Bundesrat kann mit Einzelverfügungen

ZUR PERSON

Ruedi Noser, 52, sitzt seit 2003 für die FDP im Nationalrat. Zurzeit ist er Vizepräsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (Wak). Noser ist ausgebildeter Elektroingenieur FH und heute Unternehmer von Beruf. Er leitet die Noser Management AG als Verwaltungsratspräsident und ist Hauptaktionär der Firmen der Noser Gruppe, die 2011 einen Umsatz von 83 Millionen Franken erwirtschaftete. Noser ist verheiratet, hat vier Kinder und wohnt in Wetzikon. (gl)



Nationalrat Ruedi Noser plädiert für ein Wirtschaftssystem, das weder Gewinner noch Verlierer schafft. Bild: Mano Reichling

arbeiten. Diese würden auch verhindern, dass die EU (noch mehr) Druck auf die Schweiz ausüben kann.

Wie wirkt sich der Deal auf die Schweiz aus?

Die Schweiz dokumentiert, dass sie bei geringstem Druck ihr Recht anpasst. Es braucht nur genügend Druck, dann knicken wir ein. Das Ausland wird daraus seine Lehren ziehen.

Zurzeit gibt es in der Schweiz zahlreiche Bestrebungen, die Wirtschaft zu regulieren, etwa die Mindestlohninitiative, die 1-zu-12-Initiative oder die Abzockerinitiative. Darin kommt ein Unbehagen gegenüber der Wirtschaft zum Ausdruck. Verstehen Sie das Unbehagen?

Ja. Ich habe eine leise und eine laute Wut. Die leise Wut richtet sich an Wirtschaftsvertreter, die sich zu wenig bewusst sind, dass Verdienen einen Leistungsausweis voraussetzt und dass sie für die Not vorsorgen müssen. Gewinn ist dazu da, die Zukunft zu sichern. Genau das haben die Banken nicht gemacht. Sie haben den Gewinn an ihre Aktionäre und das Management ausgeschüttet und verfügen jetzt in der Not über zu wenig Geld. Das hat das Volk gemerkt.

Die laute Wut betrifft die Linke, die nach den Fehlern, die passiert sind, mit Rezepten kommt, die überall sonst auf der Welt gescheitert sind. Frankreich kennt zwar einen Mindestlohn, aber die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 26 Prozent. Zum Vergleich: Die Schweiz kennt keinen Mindestlohn und hat eine Jugendarbeitslosigkeit von 2,9 Prozent. Das Schweizer Wirtschaftssystem funktioniert insgesamt exzellent. Wir haben mehr Lehrstellen als Lernende, und jede und jeder Jugendliche findet einen Job. Fünf Jahre nach der Lehre verdienen die meisten mehr als 4000 Franken pro Monat. Das System braucht keine Holzhammerkur.

Wie kommt es denn zu diesen Volksinitiativen?

Ich sehe eine gewisse «Funktultur» nach dem Motto: «Juhui, wir machen eine Volksinitiative.» Die Volksrechte werden verantwortungslos genutzt. Wenn es wahr wäre, dass die Lohnschere früher kleiner war als heute, dann gäbe

es zum Beispiel in Winterthur nur Plattenbauten und keine Kunstsammlungen wie das Römerholz. Vor hundert Jahren muss die Lohnschere 1 zu 200 oder mehr betragen haben. Wir hatten noch nie eine so gerechte Wohlstandsverteilung wie heute.

Am 9. Juni haben die Zürcher Stimmberechtigten die «Bonzensteuer» deutlich (61,6 Prozent Nein, Stimmbeteiligung 41,1 Prozent) abgelehnt. Erleichtert?

Nein, ich war konsterniert. Die Vorlage wurde viel zu wenig deutlich abgelehnt. Mit einem Ja gäbe es das Unternehmen Noser nicht mehr. Wer viel Kapital in seine Firma steckt, um für Notfälle gewappnet zu sein, hätte bei einer Annahme der «Bonzensteuer» eine sträflich hohe Steuereinschätzung zu gewärtigen gehabt und wäre schlimmstenfalls zur Auflösung des Unternehmens gezwungen gewesen.

Sie haben dieses Jahr Succésuisse gegründet. Die Organisation soll mit helfen, die wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen zu bekämpfen. Wie kommen Sie voran?

Wir sind bei über 500 Mitgliedern angekommen und mit unseren Argumenten gut unterwegs. Das Ziel ist, ganz normale Leute zu motivieren, sich gegen wirtschaftsfeindliche Tendenzen und Vorstösse zu engagieren. Grosse Plakate von Economistuisse nützen nichts, es braucht wieder mehr persönliches Engagement. Wir wollen zeigen, dass in der Wirtschaft verantwortungsvolle Leute tätig sind.

Wie grenzen Sie die liberale Wirtschaftsordnung vom Casino-Kapitalismus ab? In der liberalen Wirtschaftsordnung wird für schlechte Zeiten vorgesorgt, im Casino-Kapitalismus wird übermässig viel Gewinn ausbezahlt.

Sind Working Poor als Kollateralschaden der Marktwirtschaft in Kauf zu nehmen?

Sie sind nicht zu verhindern. Wer allerdings eine Berufslehre macht, ein paar

Jahre auf dem Beruf arbeitet und seine Leistung erbringt, der endet nicht als Working Poor. Wer andererseits Brüche in seiner Biografie hat oder Einwanderer ohne Sprachkenntnisse ist, hat einen schweren Stand. Keine einzige Gesellschaft hat es geschafft, dass Biografiebrüche, fehlende Sprachkenntnisse oder Ausbildung ohne Auswirkungen auf den Lebensstandard bleiben. Die Gewerkschaften reden von 3 Prozent Working Poor. Man könnte die Zahl infrage stellen. Aber für mindestens 97 Prozent der Bevölkerung funktioniert das System also.

«Wir hatten noch nie eine so gerechte Wohlstandsverteilung wie heute.»

Ein vorgeschriebener Mindestlohn würde übrigens das duale Bildungssystem kaputt machen. Denn wieso soll meine Tochter eine Lehre zu einem Lehrlingslohn machen, wenn sie mit 16 Jahren 4000 Franken verdienen könnte?

Nützt oder schadet der angekündigte Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie dem Land?

Es gibt in der Schweiz keine stabile Mehrheit für die Atomenergie. Die Wirtschaft ist also aufgefordert, ernsthaft alles zu unternehmen, was sich mit alternativen Energien erreichen lässt. Wenn man in zehn Jahren dann sehen sollte, dass es doch nicht ganz reicht, wird die Bevölkerung den Entscheid zum Weiterbetrieb von Kernkraftwerken mittragen.

Sind sichere Renten und bezahlbare Mieten sinnvolle politische Forderungen?

Nein, denn Renten und Mieten sind Folgen von etwas anderem. Eine funktionierende Wirtschaft führt zu vernünftigen Renten und zu einem Wohnungsmarkt, der spielt. Die Renten sind dann unsicher, wenn die aktive Bevölkerung arbeitslos ist.

Anfang Juni hat in Interlaken ein sogenanntes Swiss Economic Forum stattgefunden. Haben Sie teilgenommen?

Nein. Ich halte nichts von Selbstweihrauchung, weder in Davos noch in Interlaken. Manager wären am Stammtisch wichtiger.